

ZUKUNFT HAT EINEN NAMEN

Interview mit Landtagskandidat Frank Berger



Namen nennen: Christian Lindner, Philipp Rösler oder Daniel Bahr.

JuLis: Du verteidigst als Rechtsanwalt jugendliche Straftäter. Ist die Jugend heute wirklich so schlimm, und warum ist das so?

Frank: „Die Jugend von heute liebt den Luxus, hat schlechte Manieren und verachtet die Autorität. Sie widersprechen ihren Eltern, legen die Beine übereinander und tyrannisieren ihre Lehrer.“

„Ich habe überhaupt keine Hoffnung mehr in die Zukunft unseres Landes, wenn einmal unsere Jugend die Männer von morgen stellt. Unsere Jugend ist unerträglich, unverantwortlich und entsetzlich anzusehen.“

Das erste Zitat stammt von Sokrates (470-399 v. Chr.), das zweite von Aristoteles (384-322 v. Chr.).

Nein, mal im Ernst. Ich glaube nicht, dass Jugend wirklich schlimmer geworden ist. In den Gesprächen mit den jugendlichen Mandanten werde ich oft an meine Jugend erinnert, und an die Dummheiten, die wir gemacht haben.

Es gibt jedoch zwei Bereiche, in denen ich das etwas differenzierter sehe: Ich habe das Gefühl, dass bei manchen jugendlichen Gewalttätern die Hemmschwelle nicht vorhanden ist. An dieser Stelle möchte ich gerne an Dominik Brunner erinnern, der für seine Zivilcourage gestorben ist. Der zweite Bereich sind die jugendlichen Intensivstraftäter. Hier sind die Gerichte gefragt. Die Gesetze sind jedenfalls ausreichend. Worin die Ursachen liegen, vermag ich nicht zu beantworten. Wichtig ist auf jeden Fall, dass alle Jugendlichen eine Ausbildung und einen Beruf und somit eine Perspektive erlangen.

JuLis: Die Liberalen stehen für Freiheit. Haben wir die in Deutschland nicht schon längst? Ist dieses Ziel noch aktuell?

Frank: Die Freiheit muss jeden Tag erneut erkämpft und geschützt werden. Im Rahmen von Sicherheitsdebatten wird immer wieder die Einschränkung von Bürgerrechten diskutiert. Hier müssen wir aufpassen und rechtzeitig intervenieren. Keine zentrale Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen, keine Internetsensur, keine Alkoholverkaufs-Verbote, keine Vorratsdatenspeicherung, um nur einige Beispiele zu nennen.

JuLis: Was machst Du in Deiner Freizeit außerhalb von Politik und Beruf?

Frank: Ich bin gerne unter Menschen, deswegen bin ich abends oft unterwegs und treffe mich mit Freunden. Wenn es die Zeit zulässt, feiere ich im Teatro, Myers oder Citrus. Ich schaue mir aber auch gerne mal einen witzigen Film an auf DVD (aber nur im Original auf Englisch), wie beispielsweise „Old School“ oder „Super Bad“. Ich liebe Musik und habe ca. 600 CDs (das sind diese alten silbernen Scheiben). Nebenbei singe ich noch im Justizchor oder Karaoke und lerne Italienisch. Ahja, und nicht zu vergessen, ich zocke gerne Skat, Backgammon, Brettspiele oder spiele auf dem Nintendo oder der Playstation.

Frank (34) verzichtet auf ein eigenes Auto, setzt sich als Anwalt für jugendliche Straftäter ein und lernt Italienisch. Was es noch über den FDP-Landtagskandidaten zu wissen gibt, erfahrt Ihr in diesem Interview.

JuLis: Frank, deine Kandidaten-Broschüre erscheint unter dem Titel „Unsere Zukunft sind unsere Kinder!“. Warum?

Frank: Die Geburtenrate in Deutschland ist weiterhin stark rückläufig, gleichzeitig steigt aber die Lebenserwartung. Dies stellt uns und die kommenden Generationen vor ein riesen Finanzierungs- und Gerechtigkeitsproblem. Zusätzlich werden auf Bundesebene immer mehr Schulden gemacht. In Baden-Württemberg hatten wir bereits vor der Wirtschaftskrise einen ausgeglichenen Haushalt, und den streben wir wieder an. Ich trete dafür ein, dass wir weiter bei den Ausgaben sparen, dass wir Kinder und Jugendliche nach ihren Fähigkeiten bestens ausbilden und für Chancengleichheit schon im Kindesalter. Wir dürfen keine Politik zu Lasten der Schwächsten machen.

JuLis: Du betreibst deine Website mit Ökostrom, hast kein eigenes Auto und möchtest den Atomausstieg. Bist du in der richtigen Partei?

Frank: Mein Herz schlägt für die Liberalen und mir ist meine Umwelt wichtig. Das sind keine Gegensätze. Wir können immer noch sehr viel im Bereich des Umweltschutzes tun. Ich bin leidenschaftlicher Bahnfahrer und verzichte auf ein Auto. Aber die Voraussetzung ist natürlich eine entsprechende Infrastruktur im öffentlichen Nah- und Fernverkehr. Auch der Atomausstieg muss kommen. Es gibt bis heute keine Lösung für die Endlagerung, also wohin mit dem ganzen Atommüll? Die Zukunft liegt in den regenerativen Energien.

JuLis: Was macht dich zu „Ulms neuer Mitte“ (dein Plakat-Spruch)?

Frank: Es gibt doch nur noch eine Partei der Mitte, und das sind wir. Selbst die CDU ist nach links gerückt. Außerdem will ich den Menschen sagen: schaut her, es gibt eine neue Generation in der FDP. Wir hatten in der Vergangenheit viele Diskussionen um die Parteispitze. Aber dabei wird vergessen, dass wir sehr viele junge Politiker haben, die sich engagiert für unsere Ziele einsetzen. An dieser Stelle möchte ich nur ein paar

ENERGIE FÜR DIE ZUKUNFT

Atomenergie und Kohlekraft sind Auslaufmodelle, weil sie begrenzt sind und wegen ihrer vielen Nachteile wie z.B. CO₂-Ausstoß und globaler Erwärmung bei Kohlekraft, Endlagerung der Abfälle bei Atomstrom sowie schlimmer Unfälle im Bergbau.

Wir setzen daher auf erneuerbare Energien auf der einen und auf Energiesparen auf der anderen Seite. Beides muss zügig aufgebaut werden, damit wir Kohle- und Atomkraftwerke abschalten können.

Besonders wirksam ist die von der FDP/CDU-Landesregierung geförderte Initiative, die Renovierung und Isolierung von Altbauten voranzutreiben, denn so muss viel weniger geheizt werden. Die Energieeinsparung über das ganze Land ist enorm.

Auch erneuerbare Energie ist im Kommen. Was man dazu wissen muss: statt eines zentralen Atomkraftwerks benötigt man viele Windräder, Solaranlagen, Biomasse- und Wasserkraftwerke im Land verteilt. Dies erfordert mehr Stromleitungen als bisher, und auch die Anlagen selbst sind uns täglich vor Augen.

Da Wind und Sonne wetterabhängig sind, werden wirksame Stromspeicher benötigt. Dazu zählen Pumpspeicher-Kraftwerke, die Wasser in einen Bergsee pumpen, um es bei Strombedarf durch Turbinen wieder abzulassen. Außerdem forscht z.B. Ulms neues Helmholtz-Institut an Lösungen für großangelegte Energiespeicherung.

Warum dann gelb und nicht grün wählen?

Die Grünen predigen zwar Ökoenergie, protestieren aber vor Ort oft als erste gegen Projekte wie neue Stromleitungen und Pumpspeicher-Kraftwerke. Wäre es nach den Grünen gegangen, hätten wir in Ulm heute keine Wissenschaftsstadt und damit auch keine Batterieforschung, die übrigens auch für Elektroautos wichtig ist. Die Grünen wollen öffentlichkeitswirksam den Atomausstieg sofort, können die entstehende Lücke aktuell aber höchstens durch dreckige Kohlekraft ersetzen. Projekte um Verkehr von der Straße auf die Schiene zu bekommen (Bahnprojekt Stuttgart-Ulm) bekämpfen sie.

Wer ist hier unsozial?

Grün=Umwelt, SPD=Sozial, FDP=Wirtschaft? Leicht zu merken sind solche Schlagworte ja schon, und deshalb greifen unsere Mitbewerber gerne zu Schubladendenken und titulieren uns Liberale als unsozial, Klientelpartei oder Besserverdiener wenn ihnen die Argumente für eine sachliche Diskussion ausgehen und sie sich über unsere guten Wahlergebnisse ärgern.

Wer schlau ist, lässt sich davon aber nicht beeinflussen und schaut sich an, was die Parteien wirklich wollen: in ihrem Programm, im Internet, auf Broschüren und auf Veranstaltungen.

Ein paar Beispiele: die FDP setzte sich schon für Umweltschutz ein bevor die Grünen überhaupt existierten. Sozial ist

Was ist liberal?

„Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem ihr die Starken schwächt.“

Ihr werdet den Arbeitern nicht helfen, indem ihr die ruiniert, die sie bezahlen.

Ihr werdet keine Brüderlichkeit schaffen, indem ihr den Klassenhass schürt.

Ihr werdet den Armen nicht helfen, indem ihr die Reichen bekämpft.

Der Staat wird bestimmt keine Wohlfahrt schaffen, wenn er mehr ausgibt als einnimmt.

Ihr werdet kein Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten und keine Begeisterung wecken, wenn ihr dem Einzelnen seine Initiative und seine Freiheit nehmt.

Ihr könnt den Menschen nicht dauerhaft helfen, wenn ihr das für sie erledigt, was sie selber für sich tun sollten und können.“

Abraham Lincoln, US-Präsident 1861-1865; schaffte die Sklaverei ab

Kapitalismus vs. Sozialismus

„Kapitalismus bedeutet freies Unternehmertum, die Herrschaft der Verbraucher in wirtschaftlichen und die Herrschaft der Wähler in politischen Angelegenheiten.“

Sozialismus bedeutet die volle staatliche Aufsicht über alle Bereiche des individuellen Lebens und die uneingeschränkte Vorherrschaft des Staates in seiner Eigenschaft als zentrale Behörde der Produktionsleitung.“

Ludwig von Mises, Wirtschaftswissenschaftler und Theoretiker des Liberalismus, 1881-1973

Freiheit ist für mich...

auch mal
„dafür“
zu sein!

Sebastian Gratz, Jura-Student



Chancen
für
morgen.
FDP

für uns Liberale, was Arbeit schafft: geht es der Wirtschaft gut, haben die Menschen einen Job und bekommen auch mal eine Gehaltserhöhung. Deshalb setzen wir zwar günstige Rahmenbedingungen für die Unternehmen, retten aber keine Großkonzerne und Banken um jeden Preis. Dieses Geld ist in Bildung, Forschung, Zukunftsprojekten und Steuerentlastungen besser aufgehoben: Dadurch entstehen mittelfristig mehr Arbeitsplätze als durch Subventionierung maroder Unternehmen.

ERFOLGSREZEPT BADEN-WÜRTTEMBERG

Warum wir wirtschaftlich so stark sind

Die Jugendarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg liegt bei 2,7%. Das ist nicht selbstverständlich: Im benachbarten Frankreich sind es 25%, in Spanien sogar 40%. Grund für unsere hervorragende Situation sind die wirtschaftliche Stärke Baden-Württembergs und unser duales Ausbildungssystem. Seit 1996 sorgen im Ländle FDP-Wirtschaftsminister mit dafür, dass es so bleibt.

Damit wir weiter Spitze in Europa sind, müssen wir die Herausforderungen der Zukunft meistern:

Es gibt einen massiven Fachkräftemangel, und immer weniger junge Leute kommen nach. Daher muss es einfacher werden, eine Familie zu gründen und als Frau Karriere zu machen (Stichwort Kinderbetreuung). Wir müssen auch auf die Erfahrung älterer Arbeitnehmer setzen, statt sie in Frührente zu schicken. Qualifizierte Ausländer müssen wir mit offenen Armen empfangen – natürlich auch junge Leute aus Ländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit, die z.B. in Deutschland studieren und dann hier arbeiten.

Unser Wohlstand kommt von Innovation, die wir exportieren: in Baden-Württemberg werden statt Bodenschätzen Erfindergeist und Ideenreichtum als Spitzenrohstoff gefördert. Asien mag stark und billig in der Massenproduktion sein, aber die Pläne und Fertigungsanlagen dafür kommen vielfach noch von uns. Damit dies so bleibt, müssen wir Bildung und Forschung weiter ausbauen. Wir dürfen Erfindern keine Steine in den Weg legen, sondern müssen einen schnellen Transfer neuer Erkenntnisse der Forschung in die unternehmerische Praxis sicherstellen.

Wirtschaft braucht Infrastruktur, die mitwächst. Wo z.B. Bahn, Straße oder



DSL-Anbindung schlecht sind, finden sich auch weniger Firmen. Junge Leute wandern dorthin ab, wo sie Jobs finden. Ein Vorteil Baden-Württembergs ist, dass es auch außerhalb der Großstädte stark ist. Damit dies so bleibt, sind Projekte wie DSL-Anbindung, das Bahnprojekt Stuttgart-Ulm, die Elektrifizierung der Südbahn Ulm-Bodensee oder der Ausbau unserer Fernstraßen unverzichtbar.

Wirtschaft braucht keine Knebelung durch Bürokratie und Verbote, sondern gute Rahmenbedingungen. Das Land fördert Existenzgründungen, unterstützt den Mittelstand bei Krediten und hilft beim Aufbau von Kontakten in ausländische Absatzmärkte. Weiterbildungsprogramme haben während der Krise – neben der Kurzarbeit – ihren Beitrag dazu geleistet, dass Unternehmen ihre Mitarbeiter gehalten und für den Aufschwung fit gemacht haben. Als es soweit war, erholte sich Baden-Württemberg am schnellsten.

Der auch im weltweiten Vergleich sehr große Wohlstand der Bevölkerung im Ländle gibt uns recht, dass unsere Strategie richtig ist. Helft, dass es auch nach der Landtagswahl so bleibt, denn Rote und Grüne haben in vielen dieser Punkte gänzlich andere Vorstellungen.

Verschaff deinen Ideen Gehör: komm zu den Julis!

Die Jungen Liberalen (JuLis) sind die liberale Jugendorganisation in Deutschland. Unsere hiesige Gruppe ist aktiv in den Kreisen Ulm, Neu-Ulm, Alb-Donau und Biberach.

Wir vertreten die Idee eines sozialen und ökologisch verpflichteten humanistischen Liberalismus. Wir bekennen uns zu Freiheit, Verantwortung, Toleranz und Selbstbestimmung. Wir wollen Politik und Zeitgeschehen mitgestalten.



Wir stehen auch für Party&Politics! Uns ist die freundschaftliche Begegnung mit anderen jungen Leuten wichtig, und richtig gefeiert wird nur bei uns.

Wir sind die modernste und aktivste Jugendpartei in Ulm, um Ulm und um Ulm herum. Wenn

Du mitmachen möchtest, dann schau doch auf www.ulmer-julis.de vorbei, wo du unsere Termine, einen Mitgliedsantrag und viele weitere Infos findest!

„Genera...was?!“

Juli-Spitzenkandidat Benjamin Strasser erklärt Generationengerechtigkeit

Politiker sprechen oft vom „generationengerechten Handeln“ und wissen manchmal selbst nicht, was genau darunter zu verstehen ist. Umso wichtiger ist es, dass die Jungen Liberalen sich als Anwalt junger Menschen verstehen und für eine neue faire Balance zwischen den Interessen der jungen und der älteren Generation kämpfen. Es ist leicht, Geld auszugeben oder knappe Rohstoffe aufzubrechen, wenn später erst andere mit der Knappheit auskommen müssen. Die Politik lebt leider von Umfrage zu Umfrage anstatt in großen Zeiträumen an die Zukunft zu denken.

Konkret umfasst dies mehrere Bereiche. Bei einer Staatsverschuldung von 1,7 Billionen Euro muss dringend die Notbremse gezogen werden. Wir setzen dabei konsequent auf den Abbau des Schuldenberges durch

mutiges Sparen. Durch die Einführung der Schuldenbremse ins Grundgesetz werden die handelnden Politiker genau dazu gezwungen. Außerdem wollen wir, dass eine Rentenreform in Angriff genommen wird, die ihren Namen auch verdient. Die schrumpfende Bevölkerung erfordert einen Systemwechsel vom Umlageverfahren hin zur Kapitaldeckung; sonst müssen immer weniger Arbeitnehmer die Rente von immer mehr Rentnern bezahlen: das klappt auf Dauer nicht.

Umweltzerstörung, Ressourcenverbrauch und Klimawandel bedrohen die Lebensgrundlage nachkommender Generationen. U.a. durch intensivere Nutzung erneuerbarer Energien und durch marktwirtschaftliche Instrumente wie dem CO2-Handel wollen wir hier Verbesserungen erreichen.

Wir brauchen keine Zwangs-Gesamtschule

Baden-Württembergs Schullandschaft hat eine außerordentliche Stellung in Deutschland. Die wäre bei einer Regierungsübernahme durch Rot-Grün wegen der in deren Wahlprogrammen geforderten Gesamtschulen bedroht.

Es ist unsinnig zu glauben, dass die guten Schüler den schlechteren zum Beispiel in Mathe groß helfen anstatt sich gegenseitig zu behindern. Die Bildungsstudien der letzten Jahre zeigen, dass Schüler der Gesamtschule insgesamt schlechter abschneiden als Schüler des dreigliedrigen Schulsystems (Hauptschule, Realschule und Gymnasium).

Außerdem ist die Gesamtschule teurer wenn man sie wie in Finnland gestalten will, und nur dann hätte sie Sinn. Dieses Geld fehlt nachher bei wichtigen Bildungsprojekten, zum Beispiel Integrationskursen für Immigranten oder für die Eingliederung von Straftätern in unsere Gesellschaft, die sonst schnell wieder rückfällig werden. Auch in der Schule sollten wir mehr Geld in die *Qualität* der Bildung investieren anstatt ständig nur die *Strukturen* zu ändern.

Kommen wir nun zur Chancengleichheit, die das Hauptargument von Rot-Grün ist. Nirgendwo in Deutschland ist die Chancengleichheit so gut verteilt wie in Baden-Württemberg. Selbst wenn man vorerst nur eine Hauptschul-Empfehlung bekommen hat, heißt das nicht, dass man auf dem Abstellgleis gelandet ist. Im Ländle gibt es die meisten unterschiedlichen Gymnasien, die einen problemlosen Übergang von der Mittleren Reife ermöglichen. Und die kann durch die Werkrealschule oder BK 1&2 und Wirtschaftsschule auch Hauptschülern die Möglichkeit geben, das Abitur nachzumachen.

Sicher kann man in der Schulpolitik noch etwas verbessern, zum Beispiel sind wir Liberalen dafür, die staatliche Förderung für Privatschulen zu erhöhen. Davon würden auch die grün-affinen Waldorfschulen profitieren, die dann endlich Geld hätten, um mehr Lehrer einzustellen, gerade auch im naturwissenschaftlichen Bereich, wo sie zum Teil chronisch unterbesetzt sind als die öffentlichen Schulen. Dies sind übrigens auch Gesamtschulen, die wir aber deshalb unterstützen wollen, weil sie ein freiwilliges Angebot sind. Gleichmacherei in Form einer Zwangsgesamtschule, wie sie Rot-Grün sie fordert, lehnen wir ab. Die Basis soll das dreigliedrige Schulsystem bleiben; als Zusatz dienen die privaten Schulen; dafür werden wir kämpfen.



Der Student Benni Strasser (24) aus Berg bei Ravensburg ist Spitzenkandidat der Julis Baden-Württemberg zur Landtagswahl.

Die Wehrpflicht endet

Mit Hilfe von Minister Guttenberg haben die Liberalen in der Bundesregierung nun eine ihrer wichtigsten Forderungen durchgesetzt: die Aussetzung der Wehrpflicht. Die Bundeswehr braucht nach Ende des Kalten Krieges für Auslandseinsätze qualifizierte Berufssoldaten und keine Schulabgänger, die nach nur wenigen Monaten wieder weg sind. Dieser Erfolg gegen langjährigen Widerstand aus der Union ist auch deshalb bemerkenswert weil es Rot-Grün während ihrer Regierungszeit nicht gelungen war.

Studiengebühren nun reformieren

Wenn Kindergärten oder Kurse zum Handwerksmeister viel Geld kosten, ist es nur fair wenn auch Studierende ihren Beitrag leisten. Aber nicht so wie jetzt! Wir möchten, dass Studiengebühren erst nach dem Studium erhoben werden, nachdem ein bestimmtes Einkommen erreicht ist. Niemand darf dadurch am Studium gehindert werden. Deshalb hat die schwarz-gelbe Bundesregierung das BAföG erhöht und ein Stipendiensystem eingeführt. Das Geld aus den Studiengebühren darf allein in die Verbesserung der Lehre fließen, und das Land darf inflationsbereinigt nicht im Gegenzug seine Mittel für die Unis und Hochschulen kürzen. Die Verwendung der Gelder muss offen gelegt werden, und Studierende müssen mehr mitreden dürfen. Deshalb haben Liberale Hochschulgruppen und ihr christdemokratisches Gegenstück RCDS gemeinsam Pläne für die Einführung von Studentenparlamenten vorgelegt, die gerade auf dem besten Weg sind, realisiert zu werden – wenn es nach der Landtagswahl noch eine bürgerliche Regierung gibt.

Furcht vor Fortschritt?

Früher haben die Grünen die Furcht vor Computern geschürt. Computer seien gefährlich und würden Arbeitsplätze wegnehmen. PC-Vernetzung sei gefährlich, deswegen hat die Bundestagsfraktion der Grünen bis 1990 darauf verzichtet. Das Internet sei gefährlich, es sei eine Technologie zur Ausspähung. Dann erschienen Handys und Mobilfunk den Grünen hoch riskant. Heute telefonieren, simsen und mailen sie wie alle anderen auch. Jetzt heißt es: Nanotechnologie ist bedrohlich, Gentechnik unbeherrschbar...

Zitat eines Einsichtigen

„Liberal soll's scheinen, autoritär ist's in seinem Kern.“

schreibt **Wolfgang Clement** (ehemaliger SPD-Bundesminister und Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen) im Handelsblatt über die Grünen und warum es falsch ist, sie als Alternative zur FDP zu bezeichnen.

Die Grünen zwischen Anspruch und Realpolitik

„Gegen diese Transporte sollten Grüne in keiner Form - sitzend, stehend, singend, tanzend - demonstrieren.“

Aufruf des damaligen Bundesumweltministers **Jürgen Trittin** (Grüne) 2001 an seine Parteifreunde, die gegen Castor-Transporte protestieren.

Heute wollen die Grünen nicht zusagen, bei einem Wahlsieg *Stuttgart 21* zu stoppen.

Zeitung Klima-neutral gedruckt durch Investition in Ausgleichsprojekte